

neue. praxis

Zeitschrift für
Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik

BEITRÄGE

KARL-HEINZ BRAUN

Die Wohnungskrise als Herausforderung
für die Gemeinwesenarbeit (S. 267-291)

mehr auf www.neue-praxis-shop.de

Karl-Heinz Braun

Die Wohnungskrise als Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit

Die Krise der Wohnraumversorgung gehört heute zu einem der zentralen Themen in den allgemeinen und den vermachteten Öffentlichkeiten sowie den politischen Agenden fast aller Parteien und Verbände. Die Soziale Arbeit im Allgemeinen und die Gemeinwesenarbeit im Speziellen tun sich mit dem Thema allerdings schwer. Das hat besonders drei Gründe:

Erstens ist die Wohnungskrise vorrangig ein Thema der Städte (auf dem Land besteht sie vorrangig im Wohnungsleerstand und der unzureichenden wohnortbezogenen Infrastruktur). Die Mehrheit der Menschen in der BRD wohnt in den Städten: Es gibt 12.460 Kleinstädte und Dörfer, 688 Mittelstädte (50.000–200.000 Einwohner_innen) und 83 Großstädte. Es leben 21 Prozent der Bevölkerung in ländlichen und 48 Prozent in städtischen Kreisen, 23 Prozent in peripheren oder sehr peripheren Orten und 77 Prozent in zentralen oder sehr zentralen Orten. Zu letzteren gehören die TOP-7-Metropolen, auch »Big 7« genannt (Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt/M., Stuttgart, München und Düsseldorf)¹. Im Kontrast dazu steht die Tatsache, dass sich die Soziale Arbeit und Erziehung bisher allenfalls peripher mit der Eigenlogik der Städte beschäftigt hat. Zutreffend stellte Baum (2012: 572) vor einigen Jahren fest, »all das, was eine Stadt ausmacht, hat in der Theorie und in den Methoden der Sozialen Arbeit keine systematische Bedeutung.« Nun hat er selbst mit wichtigen Arbeiten wesentlich dazu beigetragen, dieses Defizit schrittweise abzubauen (vgl. Baum, 2007; 2018).

Zweitens wurde durch das Städtebauförderungsgesetz von 1971 im Sinn der erhaltenden Stadterneuerung die Möglichkeit geschaffen, besonders sanierungsbedürftige Stadtteile auszuwählen und mit speziellen Programmen zu fördern (§§ 3-14 StBauFG). Der Übergang zur sozialen Stadtentwicklung wird insbesondere vollzogen mit dem 1998 eingerichteten Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt«. Mit ihr werden nicht nur neue Ansprüche an die partizipative Stadtplanung normiert, sondern auch als ein neuer institutioneller und konzeptioneller Ansatz das Quartiersmanagement eingerichtet, welches einerseits der traditionellen Gemeinwesenarbeit »an die Seite gestellt« wird und ihr andererseits neue Impulse gegeben hat. Das geschah und geschieht allerdings nicht konfliktfrei, denn die Gemeinwesenarbeit agiert vorrangig Bottom-up, stellt somit das Alltagsleben der Bewohner_innen ins Zentrum. Im Quartiersmanagement dominieren die Top-down Verfahren, wobei

Städtebauförderungsgesetz von 1971

¹ Alle sozialstatistischen Angaben in diesem Beitrag sind – wenn nicht anders vermerkt – entnommen dem »Datenreport 2021 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland« (Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) 2021 (Kap.1 u.7).; alle drei Institute unterrichten auch fortlaufend die Öffentlichkeit über die neusten Trends (dort können sich also interessierte Leser_innen zeitnah informieren).